

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besuchspflicht bei täglich regelmäßiger Belebung bei den monatlich 2.000 durch Besuchung 2.300 ersichtlich bei 2.500 Besuchern (ohne Besuchungsergebnis) bei Betrieb mit wöchentlichen Berichten. Einzelnummer 10 Rpf.

Dienst u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-M. I., Marienstraße 38/42. Fernaus 25251. Postcheckkonto 1068 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Umstädterhauptmannschaft Dresden und des Schlossamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Belegpreise: R. Wertheim Nr. 1: Wochenausgabe (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachdruck nach Städte B. Familienzeitungen u. Zeitungen für Willensmutter 6 Rpf. Off.-Wertheim 10 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unterfangene Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Stalins Kampf gegen die Opposition

Kirovs Mörder ein Anhänger Sinowjews

Modian, 17. Dezember.

In Modian und Leningrad tagten die Parteifunktionäre der kommunistischen Organisationen. In der Entschließung, die die Modianer Parteifunktionäre annahmen, wird die Politik Stalins voll gebilligt, und es wurde beschlossen, die Politik mit aller Kraft zu unterstützen. Zur Ermordung Kirovs heißt es in der Entschließung, die innerpolitische Lage verlangt verschärzte Wachsamkeit. Man müsse rücksichtslos gegen die Feinde der Sowjetunion und ihre Agenten vorgehen, die sich augenscheinlich unter verschiedenen Decknamen verborgen und versuchen, den Sowjetstaat ins Herz zu treffen. Vor allem müssen diejenigen angemessen werden, die zu der Sinowjewgruppe gehörten und heute in Lager der Gegenrevolution übergegangen seien.

In der Leningrader Entschließung wird die Notwendigkeit schärfster Kampfs gegen die Feinde der Sowjetunion noch härter betont.

Das Schwert der kommunistischen Diktatur müsse sich mit aller Schärfe gegen die Kreise richten, die aus der Sinowjewgruppe hammen und sich als Kommunisten ausgeben. Sie sollten nicht denken, die Diktatur sei harmlos geworden.

Der Tod Kirovs beweise, daß die klassenfeindlichen Elemente nicht vernichtet sind. Sie beständen fort und würden den Staat solange bedrohen, bis sie vollständig vernichtet seien. Die beiden Entschließungen, in denen im Zusammenhang mit der

Ermordung Kirovs schwere Angriffe gegen die Sinowjewgruppe gerichtet werden, haben großes Aussehen erregt. Durch sie werden die

Geschäfte bestätigt, wonach Nikolajew, der Mörder Kirovs, der Sinowjewgruppe angehört, die bekanntlich in Opposition gegen die Partei und Stalin steht.

Die Sinowjewgruppe, die gerade in Leningrad sehr stark vertreten war, hat Kirov als Vertreter der Parteileitung in der Zeit ihres Kampfes gegen Stalin stark angegriffen.

Der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationale, Sinowjew, der bis 1927 eine ausschlaggebende Rolle im politischen Leben der Sowjetunion gespielt hatte, wurde bekanntlich nach dem Zusammenbruch seiner Politik in die Verbannung geschickt. Später wurde er begnadigt und Anfang 1934 zum Rektor der Universität in Swerdlowsk ernannt.

Schdanow zum Nachfolger Kirovs gewählt

Leningrad, 17. Dezember.

Das Plenum der Leningrader Parteigruppe hat auf Vorschlag des Zentralkomitees der kommunistischen Partei einstimmig den dritten Sekretären Stalins, Schdanow, zum Chef der gesamten Parteigruppe im Leningrader Gebiet gewählt. Damit ist die Nachfolge Kirovs geregelt.

Schwierigkeiten der französisch-italienischen Annäherung

Paris, 17. Dezember.

Der Außenminister des „Echo de Paris“ stellt fest, daß die optimistische Haltung eines großen Teiles der französischen Presse gegenüber den französisch-italienischen Verhandlungen über die Schwierigkeiten dieser Versprechungen hinwegtäuschen.

Wenn man der Wahrheit die Ehre geben wolle, müsse man angeben, daß die Verhandlungen nicht vor der Stelle lägen.

Gewiß würde man in der afrikanischen Frage leicht zu einem Abschluß kommen. Aber bezüglich der etwaigen Zusammenarbeit in Mitteleuropa sei man an dem gleichen Punkt wie vor drei Monaten. Frankreich bemühe sich, die zwischen der faschistischen Regierung und der kleinen Entente bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Gewährleistung der österreichischen Unabhängigkeit und den Aufbau der Wirtschaft im Donauraum beigelegen. Was Punkt 1 anlangt, so wäre Mussolini, nachdem er eine Art Schuhbrennerei gefordert habe, die weder die Tschchoslowakei noch Südtirol zu bewilligen bereit seien, jetzt dazu, die Ausprache hierüber zu verlängern. Bezuglich Punkt 2 halte er sich weiterhin an das römische Protokoll vom 18. März 1934, das eine ausgesprochene revisionistische Tendenz gezeigt. In dem Punkte, den hier bestehenden Gegensatz zu mildern, habe Frankreich geholfen, Mussolini werde es für angebracht halten, durch eine öffentliche Erklärung den in Südtirol fest verankerten Glauben zu entkräften, daß Italien sich nicht gern mit der Einheit des südosteuropäischen Staates abfindet. Selbstverständlich könne Frankreich nach dieser Aktion keine unmittelbaren Forderungen stellen, sondern habe sich damit begnügt, einen Wunsch zu äußern. Aber

man erzählt, daß der Duce seine Wege bereit sei, derartige Zusicherungen zu geben.

Er sei zweifellos der Ansicht, daß seine Mailänder Rede vom 6. Oktober, in der er erklärte, „noch einmal reiche ich Südtirol die Hand“, genügen müsse, um die Unruhe in Südtirol zu beruhigen. Aber dieser teilt nach den Erfahrungen der letzten Jahre und letzten Wochen diese Auffassung nicht. Wie könnte unter solchen Umständen Papal noch Rom gehen, ohne die Belgrad Regierung wieder ins deutsche Fahrwasser zu treiben?

Judenfeindliche Kundgebungen in Debreczen

Budapest, 17. Dezember.

Die Debreczen kam es am Sonntag bei den Kommunalwahlen zu größeren Ausbrechungen. Anhänger der Pfeilzähler bewegung, die ein ausgesprochen judentheoretisches und antiliberalistisches Programm vertritt und unter den Studenten weit verbreitet ist, veranstalteten Kundgebungen, denen sich auch Landwirte anschließen. Sie zogen durch die Stadt und stießen Schlägereien gegen die Juden an. Die ersten Zusammenstöße ereigneten sich mit der Polizei vor dem städtischen Wahllokal. Obwohl die Polizei alle verfügbaren Kräfte aufbot und an vielen Stellen zu Pferde gegen die Pfeilzähler vorging, konnte sie nicht weitere Kundgebungen verhindern. Ein bekannter sozialdemokratischer Politiker soll erheblich verprügelt worden sein. Die Fenster Scheiben vieler jüdischer Geschäfte wurden zertrümmert.

Immer noch Ausweisungen aus Südtirol

Budapest, 17. Dezember.

Das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro meldet: Die Ausweisungen von Ungarn aus Südtirol haben noch nicht aufgehört. Täglich treffen einzelne Familien von ausgewiesenen Ungarn an ungarischen Grenzstellen ein. Am Sonntag kam in Szeged eine größere Gruppe an, die acht ungarische Familien mit insgesamt 31 Personen umfaßt. Unter den Ausgewiesenen befindet sich ein Ehepaar mit sechs kleinen Kindern. Die Ausweisung erfolgte, wie die Ausgewiesenen mitteilten, sehr rücksichtslos.

Papageienplage in Australien

London, 17. Dezember.

Nach einer Meldung aus Adelaida wird Inneraustralien, das sich eben von einer großen Heuschreckenplage erholt hat, von einer neuen Plage bedroht. Millionen grüner Papageien bilden sich auf einem Flügel von der Grenze Westaustralens nach dem Osten. Sie bilden so dicke Massen, daß der Erdboden, wo sie sich niederlassen, weit hinuntergräbt ist. Die Vögel machen die Wasservorräte für Mensch und Vieh ungernbar. Man ist Tag und Nacht damit beschäftigt, die Wasserquellen vor den Papageien zu schützen. Man befürchtet, daß die Vögel, wenn sie in die warmen Gebiete kommen, auch die von den Heuschrecken noch übriggebliebenen Saaten und Früchte vernichten.

**In dieser Nummer beginnt unser
neuer Roman**



Freiherr v. Oberstein wurde heute vormittag in sein neues Amt eingeführt. Als persönlicher Referent steht ihm Dr. Böhme zur Verfügung. Oberregierungsrat Dr. Albers bleibtstellvertretender Kreishauptmann.

Die Einweihung und die damit verbundenen Feierlichkeiten gaben der inneren Stadt am heutigen Vormittag ein außergewöhnlich festliches Gepräge. Auf der König-

Johann-Straße, vor dem Sitz der Kreishauptmannschaft, war, während der gesamten Feierlichkeit eine Ehrenabteilung der SS, im Schmutzholz eine solche der SA, angetreten. Die Eingangstore und das Treppenhaus der Kreishauptmannschaft waren von Doppelposten der SS besetzt. Beim Eintritt des neuen Kreishauptmanns rauschte der Präfentiermarsch auf, worauf Freiherr von Oberstein in Begleitung von Innensenator Dr. Kritsch und zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten der Regierung, der Behörden und der Bewegung die Front der Ehrenabteilungen abschritt. An der Einweihungsfeier nahm auch der Befehlshaber im Wehrkreis IV, Generalleutnant Böck, teil.

Der neue Kreishauptmann Friedrich Karl Freiherr von Oberstein wurde am 14. Januar 1884 in Halle a. d. S. geboren. Er besuchte die Kadettenschule in Braunschweig und die Kadettenanstalt Groß-Lichterfelde von 1904 bis 1912, trat aber aus gesundheitlichen Gründen nicht in den Heeresdienst ein, sondern studierte in Halle von 1918 bis 1924 Landwirtschaft und Nationalökonomie. Im August 1924 trat er als Kriegsfreiwilliger beim Feldgruppen-Regiment 75 in Halle ein und war vom September

Wechsel in der Leitung der Reichsgruppe Industrie

Berlin, 17. Dezember.

Der mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichskanzler Dr. Schacht hat an den aus seinem Amtcheidenden Herrn Krupp von Bohlen und Halbach folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Krupp von Bohlen und Halbach! Nachdem Sie Ihr Amt als Präsident des Reichsstandes der deutschen Industrie niedergelegt und mich wiederholt und auch jetzt wieder infolge Ihrer beruflichen Überlastung gebeten haben, von Ihrer Berufung als Leiter der Reichsgruppe Industrie abzusehen und Sie von der Leitung der Hauptgruppe I der gewerblichen Wirtschaft zu entbinden, kann ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht anders, als Ihrem Wunsche entsprechen. Ich ergreife aber diese Gelegenheit, um Ihnen für die dem nationalsozialistischen Staate selbstlos geleistete Arbeit und Mühevolltung ausdrücklich zu danken und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß ich auch in Zukunft auf Ihre wertvolle Unterstützung rechnen darf. — Mit deutlichem Gruss und Gott Hitler bin ich Ihr sehr ergebener Dr. Hjalmar Schacht.

In Ergänzung dazu erfahren wir, daß Dr. Schacht den Vetter der Reichswirtschaftskammer, Regierungsrat a. D. Oswald Gekeler, Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover, gebeten hat, neben seinem Amt als Vetter der Reichswirtschaftskammer auch die Leitung der Reichsgruppe Industrie zu übernehmen.